

In dieser Ausgabe:**TOPTHEMA**

- ▶ Schröder: „Neue Balance im Gesundheitswesen“ 1
- ▶ Schmidt zur Diskussion um die Bürgerversicherung 2

INNERES

- ▶ IG-Metall: Führungsfrage geklärt 2

FINANZEN

- ▶ Bundesregierung schafft Basis für mehr Wachstum 3

BILDUNG

- ▶ Neue Ausbildungsberufe geschaffen 3

UMWELT

- ▶ Jahresbericht 2002: Ausbau erneuerbarer Energien fördern 4
- ▶ Keine Erhöhung der Dieselsteuer geplant 4
- ▶ Deutschland übernimmt Vorreiterrolle 4

LANDWIRTSCHAFT

- ▶ Künast: Finanzielle Hilfe für dürrgeschädigte Bauern 5

VERKEHR

- ▶ Stolpe: Lkw-Maut wird nicht in Frage gestellt 5

EUROPA

- ▶ Klares Ja zum europäischen Stabilitätspakt 6

AUSSEN

- ▶ Irak: Unruhen halten an 6
- ▶ UNO besorgt über die Lage in Liberia 7

TERMINE**TOPTHEMA****GESUNDHEITSREFORM****Schröder: „Neue Balance im Gesundheitswesen“**

Der SPD-Parteivorsitzende, Bundeskanzler Gerhard Schröder, begrüßte den am Montag vorgestellten Kompromiss zur Gesundheitsreform. Er sagte zu dem Ergebnis: „Es kann sich sehen lassen. Die Strukturen im Gesundheitswesen werden verändert, es wird eine neue Balance geschaffen zwischen den Verantwortlichkeiten der Patienten für sich selbst und den Interessen der Versicherten.“

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt äußerte sich nach Abschluss der Konsensverhandlungen zufrieden über das „ausgewogene Ergebnis“. Ziel der Reform sei es, die Qualität der medizinischen Versorgung zu verbessern und zugleich das Gesundheitssystem bezahlbar zu machen, so die Ministerin am Dienstag in Berlin.

SPD-Generalsekretär Olaf Scholz nannte das Ergebnis eine sozialdemokratische Reform und einen großen Erfolg. Er zeigte sich zuversichtlich, dass der große Konsens auch Vorbildcharakter für die nötigen Kompromisse bei Rente und Pflege haben könne.

Müntefering: „Akzeptabler Kompromiss“

Ähnlich äußerte sich SPD-Fraktionschef Franz Müntefering. Die von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt präsentierte Einigung sei ein „akzeptabler Kompromiss“. Müntefering sagte im Anschluss an eine Fraktionsvorstandssitzung am Montag in Berlin, dass die Neuregelung des Zahnersatzes „bei Sozialdemokraten nicht nur auf Freude“ stößt. „Aber“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende, „wir sind fähig zum Kompromiss.“

Schmidt: „Ausgewogenes Gesamtwerk“

Bundesregierung und Opposition hatten sich in der Nacht zum Montag auf ein Maßnahmenpaket verständigt, mit dem ab dem kommenden Jahr zehn Mrd. Euro und ab 2007 jährlich 20 Mrd. Euro eingespart werden sollen. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt bekräftigte nach der Einigung, die Verhandlungen mit der Union seien nunmehr abgeschlossen. Das „Gesamtwerk“ sei sehr ausgewogen: Es werde die Qualität der Versorgung verbessern und gleichzeitig die Bezahlbarkeit sichern.

Schmidt betonte, in vielen Bereichen „setzen wir das System im Bewegung“, dabei müsse niemand Angst davor haben, krank zu werden, weil er sich etwa Krankheit nicht leisten könne. Dies werde sich auch in der Zukunft nicht ändern.

SCHLAGLICHT

„Ach, Sie haben auch mal Streit?“

(Der amtierende IG-Metall-Vorsitzende Jürgen Peters in Anspielung auf die Führungskrise seiner Gewerkschaft zu zwei Fotografen, die sich im Kampf um die besten Plätze in die Quere gekommen waren)

Eckpunkte der vereinbarten Reformmaßnahmen:

- ▶ Für Ärzte werden **Qualitätsmanagement** und die **Fortbildungspflicht** eingeführt.
- ▶ Ein **Zentrum für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Medizin**, das unter anderem Behandlungsleitlinien entwickeln soll, wird eingeführt.
- ▶ Die **Krankenhäuser** werden für hochspezialisierte Leistungen zur ambulanten Versorgung geöffnet.
- ▶ Die Krankenkassen können **Einzelverträge** mit Ärzten im Bereich der integrierten Versorgung schließen.
- ▶ **Gesundheitszentren** werden eingeführt.
- ▶ Die **Arzneimittelversorgung** wird liberalisiert: das Verbot, mehrere Apotheken zu besitzen, wird aufgehoben, der Versandhandel von Arzneimitteln wird zugelassen, die Preisbindung für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel wird aufgehoben, noch patentgeschützte Scheininnovationen werden in die Festbetragsregelung einbezogen.
- ▶ Die **Zuzahlungen** von Patienten zu Arztbesuchen, Arzneimitteln und Krankenhausaufenthalten werden auf 2% des Bruttoeinkommens begrenzt. Chronisch Kranke zahlen höchstens 1%, Kinder zahlen gar nichts und Familien mit Kindern bekommen Freibeträge. Grundsätzlich gilt: Es sollen pro medizinischer Leistung 10% gezahlt werden, jedoch höchstens zehn Euro.
- ▶ Der **Zahnersatz** wird aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) herausgenommen. Der entsprechende Versicherungsbeitrag muss in Zukunft von den Versicherten alleine gezahlt werden. Die Versicherten können zwischen der Versicherung des Zahnersatzes in der GKV oder privaten Krankenversicherung wählen.
- ▶ Das **Krankengeld** wird aus dem Leistungskatalog der GKV herausgenommen. Die Versicherung des Krankengeldes soll jedoch in der GKV verbleiben; d.h., jeder Versicherte zahlt zukünftig seinen Beitrag für die Krankengeldversicherung entsprechend seiner Leistungsfähigkeit selbst. Einzelheiten dazu werden im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens geklärt.

Schmidt: Niemand wird ausgenommen

„Ich glaube, wenn man sich das Ganze ansieht, dann handelt es sich um einen ausgewogenen Bereich,“ sagte Schmidt abschließend. „Wir verlangen von allen etwas, niemand wird ausgenommen.“ Wenn sich jetzt alle bewegen würden, könnte das Ziel der Reform „mit Sicherheit“ erreicht werden.

Auf der Basis des erzielten Kompromisses soll jetzt ein gemeinsamer Gesetzentwurf erarbeitet und bereits in der ersten Septemberwoche zur ersten Lesung in den Deutschen Bundestag eingebracht werden.

Weitere Informationen:

- ▶ www.die-gesundheitsreform.de

GESUNDHEIT

Schmidt zur Diskussion um die Bürgerversicherung

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt erklärte am Donnerstag in Berlin, sie befürworte die Einführung einer Bürgerversicherung: „Die Menschen werden älter und viel zu wenig Junge kommen nach. Da ist die Bürgerversicherung eine ganz wichtige Alternative.“ Der Faktor Arbeit allein werde die soziale Sicherung auf Dauer nicht tragen können.

Gegenüber anderen Modellen habe die Bürgerversicherung den Vorteil, dass sie auf dem bewährten Solidarsystem aufbaue, unterstrich die Ministerin.

SPD-Generalsekretär Olaf Scholz betonte, dass die SPD die Diskussion über die langfristige Finanzierung der sozialen Sicherheit schon lange aufgenommen habe. In der Arbeitsgruppe Innovation und Nachhaltigkeit, Wachstum und Arbeit und in vielen Teilen der Partei werde intensiv an diesen Fragestellungen gearbeitet. Der Parteivorstand werde Ende September einen entsprechenden Leittrag beschließen, führte Scholz aus.

Mehr zur Bürgerversicherung:

- ▶ www.spd.de

■ INNERES

GEWERKSCHAFTEN

IG-Metall: Führungsfrage geklärt

Klaus Zwickel, der bisherige IG-Metall-Chef, hat am Montag sein Amt niedergelegt. Nun hofft die Gewerkschaft auf einen raschen Neuanfang. Dieser soll mit dem so genannten Führungsstandem, bestehend aus dem bisherigen Vize-Chef Jürgen Peters und dem baden-württembergischen Bezirksleiter Bernhard Huber, bewältigt werden.

Der IG-Metall-Gesamtvorstand sprach sich am Mittwoch dafür aus, dem Gewerkschaftstag Peters als Vorsitzenden und Huber als seinen Stellvertreter vorzuschlagen. Geplant ist eine Amtszeit Peters bis 2007, dann soll er von Huber abgelöst werden. Auf diesen Kompromiss einigten sich die beiden Kontrahenten intern. Peters garantierte, bei der ersten regulären Wahl nach der Übernahme des Gewerkschaftsvorsitzes nicht mehr zu kandidieren.

Nach der Sitzung sagte IG-Metall-Vorstand Wolf Jürgen Röder, die neue Gewerkschaftsspitze soll auf dem vorgezogenen Gewerkschaftstag am 30. und 31. August gewählt werden. Dies hatte der geschäftsführende Vorstand vorgeschlagen.

■ FINANZEN

MONATSBERICHT BMF

Bundesregierung schafft Basis für mehr Wachstum

Deutschland braucht mehr Wachstum. So heißt es im Monatsbericht Juli 2003 des Bundesministeriums für Finanzen. Dieses Ziel verfolgt die Bundesregierung grundlegend mit der Durchsetzung nachhaltiger Strukturreformen, mittelfristig angelegter Konsolidierung und einem direkten Wachstumsimpuls: dem Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform auf 2004.

Der Monatsbericht Juli gibt einen breiten Überblick über die finanz- und wirtschaftspolitische Lage in Deutschland. Die finanzwirtschaftliche Lage, so der Bericht, habe sich positiv entwickelt. Zwar seien die Ausgaben für soziale Sicherung (+4,9 Mrd. Euro) gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich gestiegen, aber die Einnahmen entwickelten sich überraschend positiv. Sie übersteigen inzwischen nach Sondereffekten zu Beginn des Jahres das Niveau des Vorjahres um 1,6 %.

Steuereinnahmen steigen

Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) für den wichtigen Steuermonat Juni spürbar - um 5,3% - gestiegen. Damit wird der Vorjahreswert um 0,5% für den Zeitraum Januar bis Juni überschritten. Durch den Vorauszahlungstermin wurde bei der Körperschaftsteuer eine deutliche Aufkommensverbesserung um 1,7 Mrd. Euro auf 2,6 Mrd. Euro erzielt. Auch die Einnahmen durch die Umsatzsteuer sind um 3,4% gewachsen. Dies ist ein wichtiger Indikator für eine Verbesserung der konjunkturellen Lage im Einzelhandel.

Konsolidierung schafft Basis für Steuersenkung

Der Bericht verdeutlicht ebenso, dass durch den Weg der konsequenten Konsolidierung die Voraussetzungen für Steuersenkungen geschaffen werden. So werden z.B. Länder und Kommunen durch eine veränderte Wohneigentumsförderung und durch eine Begrenzung der Entfernungspauschale deutlich entlastet. Die Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist im zusammenwachsenden Europa von großer Bedeutung. Deshalb verfolgt die Bundesregierung mit der Agenda 2010 eine konjunkturgerechte und nachhaltige Finanzpolitik, wodurch das Wachstum in Deutschland und in Folge dessen in ganz Europa gefördert wird.

Der Bericht zum Downloaden

► www.bundesfinanzministerium.de

■ BILDUNG

AUSBILDUNG

Neue Ausbildungsberufe geschaffen

Rechtzeitig zum neuen Ausbildungsjahr treten am 1. August neue Ausbildungsordnungen für 28 Berufe in Kraft. Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn hob in diesem Zusammenhang die Bedeutung der steten Modernisierung von Lehrberufen hervor.

„Wir erhalten mit modernen und neuen Berufen die Attraktivität der Ausbildung für Betriebe und Jugendliche“, erklärte die Ministerin.

Bulmahn: Hohes Reformtempo

Mit der jetzigen Reform seien sechs Ausbildungsberufe für 10.000 Jugendliche neu geschaffen und 22 weitere modernisiert worden. Die Neuerungen beträfen insgesamt rund 300.000 Jugendliche. Bulmahn erklärte, die Bundesregierung halte mit den neuen Ausbildungsordnungen das eingeschlagene hohe Reformtempo. Damit werde die Ausbildungsoffensive 2003 für mehr Lehrstellen nachhaltig gestützt.

Anpassung an aktuelle Erfordernisse

In den vergangenen vier Jahren seien nunmehr 78 Berufsausbildungen aktualisiert und 24 neue Berufsbilder geschaffen worden. Mehr als jeder vierte der knapp 350 derzeitigen Ausbildungsberufe sei den aktuellen Erfordernissen angepasst oder ganz neu geschaffen worden. „Die Betriebe müssen jetzt verstärkt in den neuen und modernisierten Ausbildungsberufen Lehrstellen anbieten“, forderte die Bundesbildungsministerin. Nur so könne der Bedarf an Facharbeitern in den kommenden Jahren gedeckt werden.

Unterstützung des Modernisierungsprozesses

Auch weiterhin werden die Ausbildungsberufe ständig den aktuellen Erfordernissen der jeweiligen Branchen angepasst. Derzeit arbeite das Bundesministerium für Bildung und Forschung an rund 20 weiteren Berufsbildern für das kommende Jahr.

Modernisierung aktiv unterstützen

Nach den handwerklichen und industriellen Elektroberufen sowie den fahrzeugtechnischen Berufen, die in diesem Jahr grundlegend überarbeitet worden seien, stünden für das kommende Jahr unter anderem die mit über 100.000 Auszubildenden ebenfalls besonders stark besetzten industriellen Metallberufe auf dem Prüfstand. Bulmahn appellierte an die Spitzenverbände der Sozialpartner, diesen Modernisierungsprozess weiter aktiv zu unterstützen, um das betriebliche Ausbildungsangebot zu sichern und weiter auszubauen.

■ UMWELT

UMWELTBUNDESAMT

Jahresbericht 2002: Ausbau erneuerbarer Energien fördern

Die Bundesregierung wird die eingeleitete Energiewende konsequent weiterführen. Dies unterstrich Bundesumweltminister Jürgen Trittin bei der Vorstellung des Jahresberichts des Umweltbundesamtes am Dienstag in Berlin. Wie der Bericht aufzeigt, waren die Schwerpunktthemen des vergangenen Jahres Energieeinsparung und Nutzung von Windenergie in Deutschland, Verbesserung der Luftqualität, Abfallentsorgung sowie Umweltsicherheit von Arzneimitteln.

Der Strombedarf in Deutschland kann bis zum Jahr 2020 um 12% reduziert werden. Das ist, laut der Studie des Bundesumweltamtes, technisch möglich und wirtschaftlich machbar.

Erhebliche Anstrengungen erforderlich

Der konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien, sowie drastische Energiesparmassnahmen und die Steigerung der Energieeffizienz sind dafür Voraussetzungen. Das Ziel, beim Stromverbrauch eine Umkehr zu erreichen, erfordere erhebliche Anstrengungen, sei aber realistisch, erklärte Trittin dazu. Beispielsweise müsse „der anstehende Ersatz und Erneuerungsbedarf im Kraftwerkspark gezielt für eine Steigerung der Energieeffizienz und der gekoppelten Strom- und Wärmeerzeugung (Kraft-Wärme-Kopplung) genutzt werden“.

Beitrag zur Haushaltskonsolidierung

Der Abbau umweltschädlicher Subventionen könne einen wesentlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten, zeigte Trittin auf. Nach Berechnungen des UBA kann davon ausgegangen werden, dass es ökologisch kontraproduktive Subventionen in einer Größenordnung von über 15 Mrd. Euro gibt. Hier setze die Bundesregierung mit:

- ▶ der Kürzung der Eigenheimzulage und
- ▶ der Entfernungspauschale sowie
- ▶ beim Abbau der Steuervergünstigung in der Landwirtschaft (Agrardiesel)

tatsächlich an, erklärte Trittin.

Gleichzeitig widersprach er der Behauptung, dass der Ausbau der Windenergie und der anderen erneuerbaren Energien subventioniert werde. Bei der sehr erfolgreichen Förderung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) werden keine öffentlichen Mittel eingesetzt.

DIESEL

Keine Erhöhung der Dieselsteuer geplant

Bundesumweltminister Trittin hat klargestellt, dass keine Erhöhung der Mineralölsteuer für Diesel-Kraftstoff geplant ist. Problematisch sei nicht die Steuer, sondern der Schadstoffausstoß von Dieselfahrzeugen, erklärte der Minister.

Trittin will mit der Automobilindustrie über den Einbau solcher Filter diskutieren und verwies auf eine gemeinsame deutsch-französische Initiative zur Einführung strengerer EU-Abgasgrenzwerte spätestens ab 2010.

Beitrag für Umwelt- und Gesundheitsschutz

Dazu erklärte Michael Müller, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion: „Es liegt im Interesse der Automobilindustrie umweltfreundliche Dieseltechnik anzubieten. Diesel ist sparsam und langlebig.“ Würden auch die Rußemissionen ausgefiltert, sei dies ein wichtiger Beitrag für mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz, betonte Müller.

KLIMASCHUTZ

Deutschland übernimmt Vorreiterrolle

Von Montag an wird die Klimaschutzpolitik Deutschlands eine Woche lang von den Vereinten Nationen überprüft. Experten des Klimasekretariats der UN beraten mit Vertretern der beteiligten Ministerien sowie der Bundesländer und mit Nichtregierungsorganisationen die deutsche Klimapolitik.

Bundesumweltminister Jürgen Trittin zeigte sich zuversichtlich, dass Deutschland mit guten Noten bestehen werde. Denn die Bundesrepublik habe im Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernommen. Der Erfolg der von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen könnten sich sehen lassen, betonte Trittin.

Die Maßnahmen der Bundesregierung:

- ▶ Ökologische Steuerreform
- ▶ Erneuerbare Energien Gesetz
- ▶ Energieeinsparverordnung

Nur noch 2% trennen die Bundesrepublik derzeit von dem Klimaschutzziel einer Verminderung der Treibhausgasemissionen um 21% gegenüber 1990. Bis 2010 will die Regierung dieses Ziel erreichen. Erfolge konnte Deutschland bereits bei der Verminderung der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen verzeichnen, die jährlich um rund 2% sinken. „Damit nimmt Deutschland seine Verantwortung für den weltweiten Klimaschutz konsequent wahr“, bekräftigte Trittin.

■ LANDWIRTSCHAFT

AGRAR

Künast: Finanzielle Hilfe für dürrebeschädigte Bauern

Landwirtschaftsministerin Renate Künast hat sich am Mittwoch für eine finanzielle Hilfe für die von der Dürre betroffene Landwirtschaft ausgesprochen. Durch die diesjährige Dürreperiode seien deutsche Bauern bundesweit mit Ernteeinbußen von bis zu 60% betroffen. Künast sagte, auch EU-Kommissar Franz Fischler habe sich grundsätzlich offen gezeigt.

In einem Interview betonte die Ministerin, dass es nicht allein um Hilfen aus Brüssel gehe, sondern um eine Vielzahl verschiedener Maßnahmen.

Konkrete Erntedaten notwendig

Klar ist, dass für die Zahlung von EU-Beihilfen eine Genehmigung aus Brüssel notwendig ist. Dafür müssten zunächst konkrete Daten vorgelegt werden. Künast erklärte dazu: „Es gibt in Brüssel seit Jahr und Tag durchaus feste Regeln für so etwas, und das heißt, dass Einkommenseinbußen im Betrieb von mindestens 30% da sein müssen und dass es tatsächlich Liquiditätsprobleme gibt.“ Aus ihrer Sicht treffe das für die Betriebe in Ostdeutschland und in Südwestdeutschland zu. Voraussetzung dafür ist das Vorliegen der konkreten Erntedaten, was erst Mitte August der Fall sein wird.

Zahlreiche Maßnahmen bereits vorhanden

Doch bereits jetzt gibt es zur Unterstützung der Bauern eine Vielzahl von Maßnahmen, die den Bauern bekannt sind und die schon greifen, sagte die Ministerin:

- ▶ So dürfen beispielsweise seit Anfang Juli Stilllegungsflächen wieder als Fütterungsflächen benutzt werden.
- ▶ Die Landwirtschaftliche Rentenbank bietet ein Sonderkreditprogramm mit verbilligten Krediten für Bauern an, die aufgrund der Trockenheit Futter zukaufen müssen.
- ▶ Die Bundesländer haben begonnen, bestehende Steuerschulden zu stunden. Somit kann auch dieses Geld notfalls für zusätzliche Futterkäufe benutzt werden.

Versicherung gegen Ertragsverluste?

Die Ministerin bestätigte auch erste Überlegungen in den Ländern zur möglichen Einführung einer Versicherung gegen Ertragsverluste. Dazu sei aber zunächst ein Betrag in dreistelliger Millionenhöhe nötig, der an anderer Stelle im Agrarbereich eingespart werden müsste. Eine solche Lösung würde nur Sinn machen, wenn sie zur Sicherung des finanziellen Rückhalts obligatorisch für alle Bauern wäre.

■ VERKEHR

STRASSENVERKEHR

Stolpe: Lkw-Maut wird nicht in Frage gestellt

Am Mittwoch hat die Europäische Kommission beschlossen, wegen der von der Bundesregierung mitgeteilten und beabsichtigten Harmonisierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Einführung der Lkw-Maut eine förmliche Prüfung einzuleiten. Damit soll untersucht werden, ob die beabsichtigten Bestimmungen mit den Vorschriften des EG-Vertrages über Beihilfen vereinbar sind.

Dazu erklärte Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe am Mittwoch in Berlin: „Ich begrüße, dass die Kommission jetzt nach langer inoffizieller Erörterung die aus ihrer Sicht entscheidenden Fragen mit den geplanten Harmonisierungsmaßnahmen klar dargelegt hat.“ Er führte aus, die Bundesregierung werde die geplanten Harmonisierungsmaßnahmen weiterhin mit allem Nachdruck verfolgen und alles tun, um die Kommission von deren Vereinbarkeit mit dem EG-Recht zu überzeugen.

Stolpe: Maut-System startet pünktlich

Stolpe bekräftigte, dass die Einführung der Lkw-Maut zum 31. August 2003 nicht in Frage gestellt werde. Lediglich die begleitenden Harmonisierungsmaßnahmen und die im Zusammenhang damit vorgesehene Erhöhung der Lkw-Maut von durchschnittlich 12,4 Cent auf bis zu durchschnittlich 15 Cent/km seien durch die Eröffnung des beihilferechtlichen Prüfverfahrens seitens der Kommission ausgesetzt.

HINTERGRUND:

Bereits im Mai 2003 hatten Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung einer streckenbezogenen Autobahngebühr, der Lkw-Maut, geschaffen. Diese wird nach Achsenzahl und Schadstoffklassen gestaffelt sein und im Durchschnitt 12,4 Cent/km betragen. Die Lkw-Maut soll ab 31. August erhoben werden. Parallel dazu hatten Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung gemeinsam erklärt, dass die Einführung der Lkw-Maut durch Maßnahmen zur Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen zwischen deutschen und ausländischen Spediteuren begleitet werden solle. Mit Vorrang sollte dabei eine teilweise Anrechnung von in Deutschland gezahlter Mineralölsteuer auf die Lkw-Maut betrieben werden. Mit Einführung dieser Harmonisierungsmaßnahmen soll - je nach Volumen der Harmonisierungsmaßnahmen - die Lkw-Maut auf bis zu 15 Cent/km angehoben werden.

▶▶ [Fakten zur Lkw-Maut](#)

■ EUROPA

FINANZEN

Klares Ja zum europäischen Stabilitätspakt

Sowohl Bundesfinanzminister Hans Eichel, als auch sein französischer Amtskollege Francis Mer haben sich deutlich zum europäischen Stabilitätspakt bekannt. Trotz Steuersenkungen und höherer Neuverschuldung sollen die Anforderungen des Euro-Stabilitätspaktes eingehalten werden. Beide Minister sehen Anzeichen für eine Erholung der Wirtschaft ihrer Länder in der zweiten Jahreshälfte.

Eichel und Mer sind überzeugt, dass die in beiden Ländern auf den Weg gebrachten Strukturreformen dazu beitragen werden.

Verpflichtungen des Stabilitätspaktes einhalten

„Wir setzen alles daran, im nächsten Jahr wieder unter das Drei-Prozent-Defizitkriterium zurückzukehren“, betonte Eichel nach einem Treffen mit Mer und dem polnischen Finanzminister Andrzej Raczko am vergangenen Donnerstag in Berlin. Auch Frankreich werde seine Bemühungen darauf konzentrieren, die Verpflichtungen des Stabilitätspaktes einzuhalten, sagte Mer.

Anstehende Reformen

Die Finanzminister erläuterten, beide Länder stünden vor Strukturreformen ihrer Sozialsysteme und gleichzeitig vor der Herausforderung, das wirtschaftliche Wachstum ihrer Volkswirtschaften zu fördern. In Frankreich folge nun, wie in Deutschland, der Reform des Rentensystems eine Reform des Gesundheitssystems. „Wir müssen aus der Stagnation heraus, hin zum Wachstum“, bekräftigte Eichel.

Strategie der „Drei Säulen“

Deshalb gelte es, eine Balance zwischen der Konsolidierung der Staatsfinanzen und Wachstumsimpulsen für die Wirtschaft herzustellen, erklärte Eichel. Das bedeutet einen Ausgleich zwischen der Notwendigkeit, Ausgaben einzusparen einerseits und dem Instrument über niedrige Steuern die Kaufkraft der Bürger zu erhöhen andererseits. Dieses Ziel verfolge die Bundesregierung mit:

- ▶ den Strukturreformen der Agenda 2010,
- ▶ der Konsolidierung des Bundeshaushaltes sowie
- ▶ der um ein Jahr auf 2004 vorgezogenen dritten Stufe der Steuerreform.

Eichel sprach von den „drei Säulen“ der Strategie für Konsolidierung und Wachstum.

■ AUSSEN

MITTLERER OSTEN

Irak: Unruhen halten an

Um die Möglichkeiten für einen Hilfseinsatz des Technischen Hilfswerks (THW) beim Aufbau der zerstörten Wasser- und Stromversorgung im Irak zu erkunden, ist am Montag ein erstes Team mit drei Experten Richtung Amman/Kuwait gestartet. Unterdessen wurden im Irak nach einem heftigen Feuertreffen am Mittwoch in Mossul die Söhne Husseins, Udai und Kussei, getötet. Die Anhänger Saddams haben Vergeltung angekündigt. Drei US-Soldaten wurden bei einem Überfall nahe Mosul bereits getötet.

Es gilt als wahrscheinlich, dass der Überfall aus Rache für die Tötung der beiden Saddam-Söhne verübt worden ist.

Hilfe des THW für den Wiederaufbau

Die Bundesregierung hat den USA am vergangenen Donnerstag die Unterstützung des THW im Irak angeboten. Die „fact-finding-mission“ wird die Voraussetzungen für einen Hilfseinsatz des THW erkunden. Sie soll beim Wiederaufbau der Wasser- und Stromversorgung helfen. Das Team wird während seines zweiwöchigen Aufenthaltes die örtlichen Gegebenheiten erkunden und Art und Umfang des Hilfseinsatzes prüfen. Unter Berücksichtigung der aktuellen Sicherheitslage arbeitet es in enger Kooperation mit den verantwortlichen Stellen. Der Einsatz des Erkundungsteams ist zunächst für 14 Tage vorgesehen.

Vergeltung angekündigt

Unterdessen hat nach der Veröffentlichung von Fotos der beiden getöteten Söhne eine irakische Gruppe mit Vergeltung für den Tod gedroht. Die Gruppe bezeichnet sich selbst als „Fedajin Saddam“. Dies berichtet der Sender al-Arabija. „Wir sagen den Besatzern: Das Märtyrertum Udais und Kusseis wird unsere Angriffe nicht mindern, sondern stärken“, hieß es in einer von einer verummten Person verlesenen Erklärung.

Weitere Anschläge auf US-Soldaten

Die Anschläge auf US-Soldaten dauern weiter an. Wie das US-Militär mitteilte, seien die Fahrzeuge der drei getöteten Soldaten bei Kajara im Umland der nordirakischen Stadt Mossul beschossen und mit Granaten angegriffen worden. Sieben weitere Kameraden wurden dabei den Angaben zufolge verletzt. Bereits gestern war in Mossul ein Angehöriger der gleichen Luftlande-Division bei einem Anschlag getötet worden. In Bagdad erschossen US-Soldaten zwei Iraker in ihrem Auto. Sie sollen eine Aufforderung zum Anhalten nicht befolgt haben.

LIBERIA

UNO besorgt über die Lage in Liberia

Die Situation in dem westafrikanischen Land droht außer Kontrolle zu geraten. Die blutigen Kämpfe in der Hauptstadt Monrovia haben allein in dieser Woche Hunderten von Menschen das Leben gekostet. UNO-Generalsekretär Kofi Annan appellierte an die USA und die westafrikanischen Länder, möglichst bald Truppen in das Land zu senden.

Auch die UNO-Hilfsorganisationen zeigten sich sehr besorgt über die humanitären Bedingungen in Monrovia. Sie warnten vor einer humanitären Katastrophe. Mehr als 250.000 Menschen lebten in Monrovia unter sehr schwierigen Bedingungen. Verletzte könnten nicht mehr versorgt werden, es gebe kaum noch Fluchtmöglichkeiten für Zivilisten. Außerdem sei eine Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln nicht mehr gewährleistet. Regierung und Rebellengruppen lieferten sich diese Woche heftige Feuergefechte.

Noch keine Friedenstruppen in Liberia

US-Präsident George W. Bush verurteilte die ausufernde Gewalt und forderte von beiden Seiten die sofortige Einstellung der Angriffe. Gleichzeitig hat Bush eine Verstärkung von Friedenstruppen durch US-Soldaten in Aussicht gestellt. Er nannte aber noch keinen Termin für die Entsendung von Soldaten für die von der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS geplante Liberia-Friedenstruppe. Als Bedingung für einen amerikanischen Einsatz nennt Bush den Rücktritt oder die Ausreise des liberianischen Präsidenten Charles Taylor. Dieser sagte jedoch, er würde erst ausreisen, wenn Friedenstruppen die Lage in Liberia kontrollierten. Wie das US-Außenministerium bekannt gab, haben US-Diplomaten Kontakt zu der Rebellengruppe LURD aufgenommen, um sie zu einem Waffenstillstand zu bewegen.

Verlegung amerikanischer Truppen

Der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hat die Verlegung amerikanischer Truppen vom Roten Meer und vom Horn von Afrika ins Mittelmeer angeordnet. Von dort könnten sie in sieben bis zehn Tagen in das westafrikanische Land reisen. Außerdem wurden Elitesoldaten zum Schutz der Amerikanischen Botschaft in Monrovia gesandt. Tausende von Menschen waren in das Diplomaten-Viertel geflüchtet. Bei Kämpfen in der Innenstadt explodierten auch zahlreiche Artilleriegeschosse in der Nähe der US-Botschaft.

» [Informationen über Liberia](#)

TERMINNE

NÄCHSTE WOCHE

Montag 28. Juli 2003

Berlin 11.30 Regierung-PK
München 10.00 Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung
gibt Geschäftsklimaindex Juli bekannt

Dienstag, 29. Juli 2003

Berlin 10.30 PK Deutsches Institut für Menschenrechte zu Vorstellung Studie „Internationaler Terrorismus und Menschenrechte“

Mittwoch, 30. Juli 2003

Berlin 11.00 PK Deutsches Institut für Altersvorsorge zu „Rentenlücke und Eigenvorsorge - Wie viel muss gespart werden, um den finanziellen Kollaps im Alter zu verhindern?“

11.30 Regierung-PK
Karlsruhe 10.00 Urteilsverkündung Bundesverfassungsgericht im Verfahren Zeugnisverweigerungsrecht und Beschlagnahmeprivileg bei Abgeordneten

Donnerstag, 31. Juli 2003

FFM 09.30 EZB-Ratssitzung/ (13.45 PK)
Hannover 18.00 Festveranstaltung Presse Club Hannover anl. Preisverleihung „Leibniz-Ring-Hannover“ an Hans Blix

Freitag, 01. August 2003

Berlin Beginn „IFLA 2003 Berlin: Weltkongress Bibliothek und Information“ (bis 9.8.) der Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (BDB)

Sonntag, 03. August 2003

Berlin Abschluss Veranstaltung Bundeszentrale für politische Bildung „Weltfestspiele '73 - Heldinnen, Bands & Klassenbrüder“